

„Kein Frühling wie früher!“, aber: „Die Erholung ist gesichert!“

- **Jahresauftakt des Zertifikate Forum Austria**
- **Thomas Wulf (EUSIPA) über die EU zwischen Biden, Brexit und Corona**
- **Stefan Bruckbauer über Geldbasis, Geldmenge und Inflation**

Wien, am 3. Februar 2021

Frank Weingarts, als Vorstandsvorsitzender des ZFA Gastgeber des Jahresauftakts, wies auf bemerkenswerte Entwicklungen des Zertifikatemarktes in Österreich hin. So sei der Anteil der Zertifikate ohne direkten Kapitalschutz erstmals auf über 50 Prozent gestiegen, ein Hinweis auf den steigenden Reifegrad des Marktes. Die Produktgruppe mit der stärksten Steigerung war im Jahr 2020 die Bonus-Zertifikate, auch Express-Zertifikate, während des Rebounds der Börsen stark gefragt. Insgesamt belief sich das ausstehende Volumen Ende 2020 mit EUR 14,7 Mrd. nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr (14,9 Mrd). Hervorzuheben sei das um 12 Prozent gestiegene Handelsvolumen, was auf gestiegene Sekundärmarktaktivitäten der privaten Investoren zurückzuführen sei.

Stefan Bruckbauer, der Chefökonom der Bank Austria, stellte den über 200 Zuhörern der Jahresauftaktveranstaltung des Zertifikate Forum Austria keinen „Frühling wie früher“ und auch keinen Sommer wie 2020 in Aussicht. Aber er gab gute Gründe für Zuversicht an: „Die wirtschaftliche Erholung ist gesichert!“, versprach er. Allerdings könne man heute noch nicht sagen, wann sie einsetzen und wie lange sie dauern werde – und die Erholung der Wirtschaft werde anders aussehen als Konjunkturaufschwünge beispielsweise nach der dot.com-, Finanz- oder Eurokrise. Schließlich handle es sich um den größten Wirtschaftseinbruch seit dem Jahr 1946.

Viel werde natürlich vom Erfolg der Impfkampagnen abhängen, meinte Bruckbauer. Wenn Österreich seine Anstrengungen in der Pandemiebekämpfung nicht intensiviere – also vor allem testen und impfen –, werde man erst im Jahr 2025 Herdenimmunität erreichen, während dies in UK bereits Ende 2021 und in den USA zu Beginn 2022 der Fall sein werde. Allerdings steige in allen Ländern das Tempo der Schutzmaßnahmen. Österreich müsse seine Impfquote rasch verdreifachen, um mithalten zu können.

Warum es trotz hoher Verschuldung der Staaten nicht zu inflationären Entwicklungen kommen werde, erklärte Bruckbauer mit dem Unterschied zwischen Geldbasis und Geldmenge: Vereinfacht erklärt nehmen die Notenbanken Geld auf und stellen dieses den Geschäftsbanken zur Verfügung. Die Unternehmen und die privaten Haushalte horten überwiegend dieses Geld bei den Banken, die die Liquidität wiederum bei den Zentralbanken veranlagten. Das bedeutet, dass die aufgenommenen Mittel nicht in den Wirtschaftskreislauf kommen, neue Arbeitsplätze werden nicht geschaffen und die Haushalte geben nicht mehr Geld aus. Somit gebe es keine Treiber für Inflation. Die Beschäftigtenquote sei das wichtigste Signal für die Beobachter der Geldentwertung – steigt sie anhaltend stark, könne dies zu einer Zinserhöhung führen.

Thomas Wulf, der Generalsekretär der EUSIPA in Brüssel, stellte die hohe Mittelaufnahme der Notenbanken an den Beginn seiner Ausführungen. Gegenüber der Finanzkrise sei das Geldvolumen in Europa um das Zehnfache gestiegen, in den USA hingegen „nur“ um das 2,5-fache. Nicht nur die EZB, auch die EU und die nationalen Regierungen würden Geld aufnehmen. Die Frage sei wohl, meinte Wulf, ob das Covid-19 Relief Funding zeitlich begrenzt bleibe oder zur Dauereinrichtung im EU-Budget werde.

Ein Problem mit den aufgeblähten Bilanzen der Notenbanken und der Staatsbudgets sei wohl, dass die Regierungen Geld zwar in unkontrollierbarem Ausmaß drucken könnten, aber nicht in der Lage seien, zu kontrollieren, wohin es fließt, warnte Wulf und verwies vor allem auf die stark gesunkene Zahl an Insolvenzen, die seit Anbeginn der Covid-19-Krise in der Eurozone überproportional unter ihre normale Quote gefallen sei.

Eine weitere Verschiebung der wirtschaftlichen Dominanz in Richtung der USA ortet Wulf als Folge des Brexit. Profiteur des Brexit sei die Wall Street, weil bereits unter Obama viele Äquivalenzvereinbarungen zwischen der EU und den USA getroffen worden seien. Auch unter Biden – der „Manufacturing in America“ mehr oder minder klammheimlich verstärken werde – nehme der Druck der USA zu, nach US-Standards zu produzieren. Dies werde wahrscheinlich auch Umweltstandards betreffen.

Die neue EU-Kommissarin für Finanzdienstleistungen, Mairead McGuinness aus Irland, habe für die kommende Legislaturperiode folgende Prioritäten gesetzt: die Vervollständigung der Bankenunion, Fortschritte bei der Kapitalmarktunion, die Entwicklung eines öffentlich-privaten Fonds, um IPOs von KMUs zu ermöglichen, eine FinTech-Strategie, die Weiterentwicklung der Green-Financial-Strategie, eine gemeinsame Herangehensweise an Krypto-Assets und die Stärkung der Widerstandskraft gegen extraterritoriale Sanktionen, die die EU treffen könnten. Das Jahr 2021 sei also aus Sicht der EU ein Jahr der Erwartungen, schloss Wulf.

Hinweis:

Die Präsentationen stehen auf der [ZFA-Website](#) zum Download bereit, die Videos der Vorträge können auf dem [ZFA-YouTube Kanal](#) angesehen werden.

Hinweis für Rückfragen:

Zertifikate Forum Austria
office@zertifikateforum.at

Das ZFA wurde 2006 von den führenden österreichischen Zertifikate-Emittenten zur Förderung und Entwicklung des Zertifikatemarktes in Österreich gegründet. Der Verein informiert über Zertifikate, schafft Transparenz und Ausbildung und vertritt die regulatorischen Interessen der Zertifikatebranche. Das Zertifikate Forum Austria ist Mitglied des europäischen Dachverbandes EUSIPA, der die Interessen der Branche auf europäischer Ebene vertritt.